

Fünfte Sitzung – Quinzième séance

Donnerstag, 26. September 2013

Jeudi, 26 septembre 2013

08.00 h

13.9003

Nachruf

Eloge funèbre

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Ich habe die traurige Aufgabe, Ihnen mitzuteilen, dass Bundesrichter Dr. Bernard Corboz im Amt verstorben ist. Er war Mitglied der Ersten zivilrechtlichen Abteilung des Bundesgerichtes in Lausanne und einer der dienstältesten Richter des obersten Schweizer Gerichtes. Zudem war er Richter am Militärkassationsgericht.

Herr Bernard Corboz wurde am 21. März 1990 auf Vorschlag der Freisinnig-demokratischen Partei zum Bundesrichter gewählt, nachdem er seit 1981 Ersatzrichter am Bundesgericht gewesen war. Bis 1998 amtierte er im Kassationshof für Strafsachen; zusätzlich nahm er 1990 Einsitz in der Anklagekammer, die er von Oktober 1995 bis Ende 2002 präsidierte.

Am 1. Januar 1999 wechselte Bernard Corboz in die Erste zivilrechtliche Abteilung, die er in den Jahren 2003 bis 2008 präsidierte. Am 15. Dezember 2004 wurde er durch die Vereinigte Bundesversammlung für die Amtsperiode 2005/06 zum Vizepräsidenten des Bundesgerichtes gewählt. In den Jahren 2007 und 2008 übte er ausserdem den Vorsitz der Präsidentenkonferenz aus. Er wirkte überdies als Vertreter des Bundesgerichtes in verschiedenen internationalen Organisationen mit.

Herr Bernard Corboz wurde am 2. April 1948 geboren und war Bürger von Genf, wo er von 1970 bis 1973 als Rechtsanwalt tätig war. Seine beispielhafte Karriere im Kanton Genf führte ihn bis in das Amt des Generalstaatsanwaltes. Darüber hinaus schrieb er regelmässig für die von der Genfer Gesellschaft für Recht und Gesetzgebung herausgegebene «Semaine judiciaire».

Ich bitte Sie, sich im Gedenken an den Juristen Bernard Corboz, der sein enormes Fachwissen und seine Energie während vieler Jahre in den Dienst der höchsten Justizbehörde unseres Landes gestellt hat, zu einer Schweigeminute zu erheben.

Im Namen unseres Rates möchte ich der Familie des Verstorbenen unser herzliches Beileid aussprechen.

*Der Rat erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen
L'assistance se lève pour honorer la mémoire du défunt*

13.020

Immobilienbotschaft VBS 2013

Message sur l'immobilier du DDPS 2013

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 20.02.13 (BBi 2013 1885)

Message du Conseil fédéral 20.02.13 (FF 2013 1683)

Ständerat/Conseil des Etats 19.06.13 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 26.09.13 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Text des Erlasses (BBi 2013 7831)

Texte de l'acte législatif (FF 2013 7051)

Müller Walter (RL, SG), für die Kommission: Mit der Immobilienbotschaft des VBS für das Jahr 2013 beantragt der Bundesrat insgesamt 505,5 Millionen Franken, aufgeteilt in sechs neue Verpflichtungskredite. Fünf Verpflichtungskredite haben einen Kostenumfang von mehr als 20 Millionen Franken. Dazu kommt ein Rahmenkredit für Vorhaben bis 10 Millionen Franken.

Schwergezwichtet werden mit der Immobilienbotschaft VBS 2013 rund 175 Millionen Franken in die Einsatzinfrastruktur und rund 55 Millionen Franken in die Logistikinfrastruktur der Armee investiert. 150 Millionen Franken entfallen auf den Bau eines vollgeschützten Rechenzentrums, weitere 35,6 Millionen Franken entfallen auf die zweite Etappe des Armeelogistikcenters auf dem Monte Ceneri sowie 26,5 Millionen Franken auf die Anpassung der Ausbildungsinfrastruktur und der Heizungsanlage auf dem Flugplatz Payerne. Die Sicherheitspolitische Kommission unseres Rates hat sich mit Subkommissionen vor Ort über die wichtigsten Vorhaben informiert.

Zum Rechenzentrum VBS/Bund 2020, Aus- und Neubau «Fundament»: Der Bundesrat beantragt aufgrund der Strategie für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) für die Jahre 2012 bis 2015 gemäss Bundesratsbeschluss vom 9. Dezember 2011 in einer ersten Phase 150 Millionen Franken für die Erstellung eines vollgeschützten Rechenzentrums in einem bereits bestehenden Objekt. Als Ergänzung kommt die erste Etappe der Härtung der Netzknoten mit einem Betrag von knapp 25 Millionen Franken hinzu. Bei diesen beiden Vorhaben geht es einerseits um die geschützte Lagerung von Daten im Rechenzentrum und andererseits um ein geschütztes Einsatznetz, das in ausserordentlichen Lagen die Führung ermöglichen soll.

Gemäss Auskunft des Bundespräsidenten sieht der Bundesrat bis ins Jahr 2025 Investitionen in die Datensicherheit auf Stufe des Bundes und auf Stufe der Kantone in der Grössenordnung von 1 bis 1,2 Milliarden Franken vor. Das Einsatznetz dient der Führung in Krisenlagen – auch der Polizei respektive dem Bevölkerungsschutz insgesamt.

Eine Subkommission konnte sich vor Ort über das geplante Rechenzentrum informieren. Sie kam zum Schluss, dass sich die bestehende Felsanlage als Örtlichkeit gut eignet. Es wurde der Kommission plausibel erklärt, dass ein etappenweises Vorgehen im IKT-Bereich Sinn macht und die Investitionen auch genutzt werden könnten, wenn nachfolgende Etappen nicht oder verspätet realisiert würden.

Zum Armeelogistikcenter, Aus- und Neubau zweite Etappe im Betrag von 35,6 Millionen Franken: Im Stationierungskonzept der Armee vom Juni 2005 wird das ehemalige Zeughaus auf dem Monte Ceneri zusammen mit dem ehemaligen Armeemotorfahrzeugpark Bellinzona als Standort eines Armeelogistikcenters bestimmt. Mit der jetzt vorgesehenen zweiten Etappe wird aus plausiblen Gründen der Standort Bellinzona aufgehoben. Es soll ein Neubau mit Einstellhalle für Fahrzeuge und Radschützenpanzer, Werkstätten, Wasch- und Prüfstrasse, Technik- und weiteren Räumen erstellt werden.

Die Subkommission kam zum Schluss, dass sowohl das Projekt bezüglich der Armeelogistik als auch dasjenige bezüglich eines zentralen Ortes für die Infrastruktur der Infor-

matik sinnvoll sind. Aus der Subkommission kam die Kritik, dass die zur Verfügung gestellten Unterlagen zum Projekt ungenügend seien. Das VBS ist bereit, bei künftigen Projekten alle gewünschten Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Zum Projekt Steffisburg/BE, Areal Schwäbis, Realersatz Bypass Nord im Betrag von 29,9 Millionen Franken: Wegen der Umsetzung des kantonalen Entwicklungsschwerpunktes Thun Nord müssen bestehende Bauten abgebrochen und neue Standorte bezogen werden. Es geht darum, dass in Thun der Bypass Nord realisiert werden kann, d. h. eine neue Anbindung an die Autobahn, um die Stadt Thun von einem sehr grossen Verkehrsstau zu entlasten. Dazu wird Armeeareal benötigt. Der Kanton Bern bezahlt dafür 20,2 Millionen Franken.

Einmal mehr wird bedauert, dass dieser Betrag nicht ins VBS zurückfliesst, sondern in die allgemeine Bundeskasse. Die Subkommission beurteilt das Projekt insgesamt aber positiv, insbesondere können dezentrale Standorte der Logistik in einem Gebäude zusammengefasst werden.

Zum Projekt Payerne/VD, Flugplatz, Anpassung der Ausbildungsinfrastruktur und der Heizungsanlage im Betrag von 26,5 Millionen Franken: Hier soll der westliche Anbau der Halle instand gesetzt und erdbebensicher gemacht werden. Gleichzeitig wird eine Heizzentrale für alle Objekte im südlichen Teil des Flugplatzes gebaut. Zu reden gab in der Kommission die Frage «Sanierung von schützenswerten Bauten oder Erstellen eines Neubaus?».

Die restlichen Projekte sind Vorhaben bis 10 Millionen Franken. Der dafür beantragte Rahmenkredit beträgt 238,835 Millionen Franken.

Ihre Sicherheitspolitische Kommission beantragt Ihnen mit 21 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Vorlage zuzustimmen und damit dem einstimmigen Beschluss des Ständerates zu folgen.

Voruz Eric (S, VD), pour la commission: Le 1er juillet dernier, la commission s'est réunie pour examiner le message sur l'immobilier du DDPS 2013. C'est un crédit total de 505,5 millions de francs soumis au frein aux dépenses que le Conseil fédéral soumet à notre approbation.

La commission s'est scindée en quatre sous-commissions pour se rendre sur divers sites afin de se rendre compte si les différents crédits demandés étaient justifiés. Je précise que les crédits d'engagement pour des projets de plus de 20 millions de francs représentent un total de 266,7 millions de francs. Le crédit-cadre de 238,8 millions de francs servira à financer des projets d'un montant allant jusqu'à 10 millions de francs.

La commission est entrée en matière sans opposition.

Venons-en aux différents projets.

Concernant le centre de calcul du DDPS/de la Confédération, pour 150 millions de francs, il s'agit là de la première étape d'un programme global comprenant des étapes appelées «Fundament» et «Campus». Celle qui nous intéresse concerne la réalisation d'un centre de calcul protégé «Fundament» avec protection intégrale dans un immeuble existant.

Le montant nécessaire concerne l'agrandissement de l'immeuble, l'installation du centre de calcul avec tous les équipements techniques du bâtiment et la démolition partielle de ce bâtiment. Ce centre de calcul concerne aussi bien les activités militaires que civiles. Les prochaines étapes sont prévues pour 2015 et 2018 et seront présentées dans un message sur l'immobilier du DDPS.

Une remarque tout de même: il nous semblerait bienvenu que le Conseil fédéral demande un crédit d'investissement global réparti sur plusieurs années, afin d'obtenir une vue d'ensemble des besoins réels.

Ensuite, concernant l'agrandissement du centre logistique de l'armée du Monte Ceneri pour 35,6 millions de francs, la sous-commission ad hoc a été impressionnée par l'existence au Tessin d'un centre logistique bilingue et a pu mesurer l'importance de l'implantation d'un tel centre au sud du Gothard. L'ex-arsenal du Monte Ceneri a été choisi comme

site d'un centre logistique de l'armée en combinaison avec l'ex-parc automobile de l'armée de Bellinzone.

Ce site assure la logistique pour l'ensemble de la Suisse méridionale. En 2010, le Parlement a autorisé la réalisation d'une première étape d'assainissement du bâtiment existant et la construction d'un nouvel entrepôt, d'un poste de rétablissement et de bureaux, ceci pour un montant de 23,8 millions de francs. A cette occasion, la nécessité de réaliser une deuxième étape pour une nouvelle construction destinée à l'entretien et au stationnement de véhicules a été soulevée. Les bâtiments actuellement en service sont vétustes et d'importants manquements en matière de sécurité y ont été identifiés, ainsi qu'en termes de protection de l'environnement.

Le déplacement du site de Bellinzone sur celui de Monte Ceneri permettra aussi de libérer les terrains en ville de Bellinzone. Des places d'apprentissage pourront être garanties dans les nouvelles installations et des économies substantielles pourront être réalisées. Actuellement le coût annuel de location s'élève à 440 000 francs par année, alors qu'il tombera à 65 000 francs.

Concernant Steffisburg, aire de Schwäbis, dans le canton de Berne, il faut remplacer le Bypass Thoune Nord pour un montant de 29,9 millions de francs. La demande de crédit pour ce site est due au fait que les bâtiments de l'aire de la Petite Allmend doivent être démolis en raison de la réalisation du pôle de développement Thoune Nord et du nouveau raccordement autoroutier Bypass Thoune Nord. En rapport avec cette réalisation, des crédits-cadres ont été alloués dans les messages sur l'immobilier d'années antérieures, à savoir le déplacement de la centrale d'alarme et le déplacement de la loge et du contrôle d'accès, la clôture des terrains militaires incluse.

Le présent projet concerne donc les besoins de construction qui doivent être couverts. Ces constructions seraient réalisées sur le site de Schwäbis, afin de permettre l'accomplissement des tâches nouvelles et adaptées. En effet, la description du projet tient compte d'installations énergétiques intéressantes. Le crédit demandé est donc indispensable du fait que ce site est choisi à la suite du nouveau pôle de développement Thoune Nord, d'autant plus que le canton de Berne prendra à sa charge le montant de 20,2 millions de francs sur les 29,9 millions de francs demandés.

En ce qui concerne l'aérodrome de Payerne, il faut une adaptation des infrastructures nécessaires à l'instruction et à l'installation de chauffage. La base aérienne de Payerne est l'un des principaux emplacements des Forces aériennes. Elle dispose des infrastructures nécessaires à l'engagement et à l'instruction et est exploitée toute l'année. Aujourd'hui, la formation des recrues de l'école du personnel au sol de l'aviation se déroule dans le secteur de la halle 1, dont des parties des constructions annexes ont été complètement renouvelées. Cependant, l'annexe ouest est en mauvais état et il faudra aussi prévoir la modernisation du chauffage. De plus, les exigences relatives au stationnement des véhicules du piquet de sauvetage et des véhicules des sapeurs-pompiers et de ravitaillement en carburant de la Formation d'application d'aviation 31 ne peuvent pas être remplies.

Au cours de la visite des lieux et vu la vétusté de cette annexe ouest, la sous-commission s'est demandé s'il fallait purement et simplement la démolir et construire du neuf au lieu d'y apporter des transformations qui pourraient être coûteuses. Cependant, la section Patrimoine culturel et monuments historiques du DDPS refuse la démolition, estimant que les volets de cette annexe, dont les fenêtres, méritent d'être maintenus. Votre commission, qui n'est pas opposée au crédit demandé, a quand même voulu en avoir le cœur net et a demandé une comparaison financière des coûts d'une démolition et d'une reconstruction avec ceux engendrés par le maintien et la rénovation de l'annexe.

Nous avons reçu du chef du DDPS cette comparaison financière et il s'avère que la démolition et la reconstruction représenteraient une plus-value de 1,4 million de francs. De plus, cette éventualité retarderait la réalisation de cet objet. La commission prend acte de cet élément mais souhaite

qu'à l'avenir le DDPS effectue systématiquement ce genre de comparaison pour l'ensemble des projets.

Enfin, en ce qui concerne le réseau d'engagement, la stratégie partielle TIC 2012–2025 du domaine Défense fixe les exigences relatives à la mise en place et à l'exploitation d'un réseau de transmissions propre à l'armée. La disponibilité militaire et l'aptitude à résister aux crises ne peuvent pas être assurées avec les réseaux de transmissions des fournisseurs civils. Avec l'extension autorisée du réseau de fibre optique et la consolidation prévue de noeuds de télécommunications, le réseau d'engagement Défense remplira les exigences requises.

Au vu des éléments présents dans le message sur l'immobilier du DDPS 2013, des explications données par le chef du DDPS et ses services et de la nécessité du maintien d'un patrimoine immobilier important, la commission vous propose d'adopter l'ensemble des projets présentés, par 21 voix contre 0 et 2 abstentions.

Allemann Evi (S, BE): Die SP-Fraktion empfiehlt Ihnen, auf dieses Geschäft einzutreten. Wir haben die konkreten Vorhaben mit Interesse studiert. Einige von uns haben die Projekte vor Ort besichtigt und uns zurückgemeldet, dass sie durchaus Handlungsbedarf sehen. Wir können deshalb die sechs Verpflichtungskredite gutheissen.

Unsere Kritik setzt beim Rahmenkredit an, der uns allzu üppig erscheint. Es gibt einen Gesamtkredit, der ausserordentlich hoch ist; das sieht man, wenn man in die vergangenen Jahre zurückguckt. 505 Millionen Franken, das ist doch sehr viel Geld. Wir haben uns dann im Nachgang zur Gripen-Debatte, bei der wir auch sehr grosszügig waren – nicht die SP-Fraktion, aber die Mehrheit von Ihnen –, entschieden, bei diesem Geschäft einen Einzelantrag einzureichen, der auf den Rahmenkredit und nicht auf die sechs einzelnen Verpflichtungskredite abzielt. In der Botschaft heisst es nämlich wörtlich: «Die mit dieser Botschaft beantragten Vorhaben sind mit den im Voranschlag 2013 und im Finanzplan 2014–2016 vorgesehenen Investitionskrediten nicht vollumfänglich finanzierbar.» Diese Aussage macht uns hellhörig. Wir können dazu nicht einfach Ja sagen. Wir wollen keinen Rahmenkredit auf Vorrat, in einmaliger Höhe, denn die Immobilienbotschaft 2013 stellt in finanzieller Hinsicht – ich habe es gesagt – wirklich einen markanten Ausreisser nach oben dar. Deshalb haben wir einen Einzelantrag eingereicht. Darauf wird nun meine Kollegin Barbara Gysi aus finanzpolitischer Optik detaillierter eingehen.

Gysi Barbara (S, SG): Meine Kollegin Evi Allemann hat es bereits angetönt: Ich spreche vor allem zum Einzelantrag, mit dem wir die Gesamthöhe des Kredites senken wollen. Sie hat auch bereits ausgeführt: 505 Millionen Franken sind sehr viel Geld. Angesichts der Sparpakete, die noch nicht vom Tisch sind, müssen wir hier ganz genau hinschauen. Ich war doch einigermassen überrascht: Als ich im Vorfeld mit einigen Kollegen darüber sprach, ob sie diesen Einzelantrag unterstützen würden, wurde mir durchwegs gesagt, die Fraktionen würden dieses Geschäft durchwinken. Ich denke, Durchwinken ist hier das Falsche.

Evi Allemann hat es bereits angesprochen: Auf der Rückseite des Antrages, in der Begründung, sehen Sie die Entwicklung der Beträge, die mit den Immobilienbotschaften in den letzten Jahren gesprochen worden sind, eins zu eins: Im Durchschnitt haben wir von 2007 bis 2012 pro Jahr 346 Millionen Franken ausgegeben, jetzt sollen es 505 Millionen sein. Das ist einfach viel zu viel. Es ist nicht so, dass wir Geld wie Heu haben, das wir der Armee zuschanzen können. Es scheint mir, als wolle man in dieser Session das Füllhorn ganz über dem VBS ausschütten. Doch wir haben, wie gesagt, immer noch das KAP, das dürfen wir nicht vergessen.

Wenn Sie in der Botschaft nachschauen, dann sehen Sie – auch das ist vorher bereits zitiert worden –, dass die beantragten Vorhaben «mit den im Voranschlag 2013 und im Finanzplan 2014–2016 vorgesehenen Investitionskrediten nicht vollumfänglich finanzierbar» sind. Es müssen also Mit-

tel umgelagert werden. Das heisst, dass man bei der langjährigen Planung nicht von so grossen Beträgen ausgegangen ist und dass man diesen Immobilienkredit nun aufpumpen will. Aber die laufenden Immobilienkredite, die bewilligt worden sind, und die Projekte, die jetzt in Ausführung oder geplant sind, kosten über 2 Milliarden Franken, und bis Ende 2013 werden dafür 1,336 Milliarden benötigt. Rund eine Milliarde Franken wird später verbaut. Es gibt über 100 Millionen Franken, die voraussichtlich nicht beansprucht werden. Das ist in etwa der Betrag, um den wir die Mittel kürzen wollen. Es sind also bereits Mittel gesprochen, die umgelagert werden könnten, sollte das nötig sein.

Wir wollen einfach nicht noch mehr Geld in diese Immobilien pumpen, weil es im Moment gar nicht verarbeitet werden kann. Dazu kommt der Bericht zur Weiterentwicklung der Armee, der in der Vernehmlassung ist. Darin wird ausgeführt, dass mindestens ein Drittel der Armeeimmobilien nicht weiter verwendet werden soll. Solange nicht klar ist, was in Zukunft wo und warum gebraucht wird, wollen wir keine zusätzlichen Rahmenkredite, die verplant werden, mit denen möglicherweise aber gar nie gebaut wird. Wir wollen zuerst Gewissheit darüber haben, was das VBS in Zukunft plant, erst dann soll Geld gesprochen werden. Wir wollen auch keine zusätzlichen Mittel, die dann allenfalls in die Beschaffung des Gripen transferiert werden. Sie wissen, gemäss Gripen-Fondsgesetz ist es möglich, nichtbeanspruchte Kredite, zum Beispiel solche für Immobilien, in den Gripen-Fonds zu transferieren.

Ich bitte Sie also, dieses Geschäft nicht einfach durchzuwinken, sondern meinen Einzelantrag zu unterstützen.

Barthassat Luc (CE, GE): Le groupe PDC/PEV vous demande d'accepter la proposition du Conseil fédéral, tout comme l'ont fait le Conseil des Etats et la Commission de la politique de sécurité du Conseil national, comme certains l'ont rappelé, à l'unanimité.

Premièrement, ce projet devisé à 505 millions de francs est bon pour l'emploi: selon les estimations du Conseil fédéral, il procurera du travail à près de 1300 personnes sur deux ans. La Suisse romande et le Tessin ne seront pas oubliés, avec notamment 35,6 millions de francs qui serviront à la réalisation de la deuxième étape du centre logistique de Monte Ceneri et 26,5 millions de francs pour l'adaptation de l'infrastructure d'instruction et l'installation de chauffages sur l'aérodrome de Payerne, que nous avons visité.

La proposition Gysi, défendue tout à l'heure, représente des économies de bouts de chandelles, qui nous coûteront bien plus cher à l'avenir si nous laissons traîner l'entretien de ces infrastructures nécessaires à notre armée.

Deuxièmement, le projet nous satisfait dans la mesure où il permet de consulter les cantons et les communes intéressés, notamment sur des problématiques liées à l'environnement. Le message nous assure en effet que tous les projets qu'il contient sont assujettis à la procédure d'approbation des plans de constructions militaires qui garantit, dans le cadre de la mise à l'enquête publique, la prise en compte des intérêts de l'espace et de l'environnement, ainsi que ceux des cantons et des communes.

Enfin, le projet apportera plus de sécurité à notre pays: les investissements prévus sont en effet en grande partie liés à la sécurité informatique, si nécessaire dans le monde interconnecté d'aujourd'hui.

Pour ces raisons, le groupe PDC/PEV vous recommande d'approuver le projet du Conseil fédéral et de rejeter la proposition Gysi.

von Siebenthal Erich (V, BE): Die SVP-Fraktion unterstützt die Immobilienbotschaft VBS 2013, ist für Eintreten und lehnt den Antrag Gysi klar ab.

Mit der Immobilienbotschaft VBS 2013 werden sechs neue Verpflichtungskredite von insgesamt 505,5 Millionen Franken ausgelöst. Schwergewichtig werden 175 Millionen Franken in die Einsatzinfrastruktur und 55 Millionen Franken in die Logistikinfrastruktur der Armee investiert. Davon entfallen 150 Millionen Franken auf das Rechenzentrum «Funda-

ment». Das Rechenzentrum soll ja nicht nur dem Ernstfall dienen, sondern auch dem Alltag. All die Daten des VBS müssen gesichert werden. Aber auch die zivilen Behörden, die Kantone, profitieren einmal mehr von diesem Rechenzentrum. Das Projekt stellt die Deckung des Bedarfs an Raum und IT-Leistung für die nächsten dreissig Jahre sicher. Dass dieses Rechenzentrum in einem geschützten und bestehenden Objekt erstellt wird, erachten wir als sehr wichtig, denn der bestmögliche Schutz vor Ereignissen muss gewährleistet sein.

Mit der zweiten Etappe des Neu- und Ausbaus des Armeelogsistcenters auf dem Monte Ceneri für 35,6 Millionen Franken werden die Infrastrukturen geschaffen, die es braucht, damit der Standort Bellinzona aufgehoben werden kann, denn die Bauten auf dem Areal Bellinzona sind veraltet. Erhebliche Sicherheitsmängel und Gewässerschutzdefizite führen zu diesem Standortwechsel. Durch diese Zentralisierung auf dem Monte Ceneri können Betriebsabläufe optimiert werden. Die internen Betriebskosten können um rund 175 000 Franken und die Drittleistungen um 1,2 Millionen Franken pro Jahr reduziert werden, denn die Transporte zwischen Bellinzona und dem Monte Ceneri entfallen. Mit diesem Ausbau auf dem Monte Ceneri setzen wir ein klares Zeichen, dass dieser Standort für die Armee auch in Zukunft wichtig ist.

Das Areal Schwäbis in Steffisburg/BE generiert Kosten von 29,9 Millionen Franken. Wegen der Umsetzung des kantonalen Entwicklungsschwerpunktes Thun Nord und des neuen Autobahnzubringers Bypass Thun Nord müssen Gebäude im Areal kleine Allmend abgebrochen und wieder neu aufgebaut werden. Der Kanton Bern musste sich an den Realersatzmassnahmen beteiligen. Das Stationierungskonzept der Armee vom Juni 2005 sieht Thun als Standort eines Armeelogsistcenters vor. Mit diesem Projekt realisieren wir einen weiteren Teil davon. Auch hier werden Betriebskosten eingespart.

Zum Projekt Payerne/VD, Flugplatz, für 26,5 Millionen Franken: Die Provisorien in Baracken und Containern genügen den heutigen Anforderungen nicht mehr. Sie verursachen hohe Betriebs- und Unterhaltskosten. Damit die Bedürfnisse für Einsatz und Ausbildung auch in Zukunft gewährleistet sind, ist diese Investition notwendig.

Zum Projekt Einsatznetz Verteidigung, Härtung der Netzknoten, erste Etappe, für 24,7 Millionen Franken: Dieses Vorhaben ist ein Folgeprojekt des armeeeigenen Übertragungsnetzes «Einsatz Verteidigung». Mit den Ausbaumassnahmen am Glasfasernetz und mit der geplanten Härtung erfüllt das Einsatznetz Verteidigung die Anforderungen. Die Härtung garantiert die sichere Übertragung der Daten.

Der Rahmenkredit von 238,835 Millionen Franken beinhaltet Vorhaben bis 10 Millionen Franken. Auch diese Investitionen sind notwendig, um in allen Bereichen einen einigermassen effizienten Betrieb der Immobilien zu ermöglichen.

Die SVP-Fraktion unterstützt die Immobilienbotschaft VBS 2013. Sie ist für Eintreten. Uns ist es wichtig, dass die Immobilien nicht vernachlässigt werden und dass die Investitionen auf alle Landesteile verteilt sind. Es stellt sich einzig die Frage, warum die Planungs- und Honorarkosten relativ gesehen sehr hoch erscheinen.

Ich bitte Sie nochmals, den Antrag Gysi ganz klar abzulehnen.

Glättli Balthasar (G, ZH): Die Grünen, um das vorzuschicken, haben diese Vorlage in der Kommission nicht abgelehnt, sie haben ihr aber auch nicht zugestimmt. Entsprechend empfehlen wir Ihnen jetzt, dem Einzelantrag Gysi zu folgen. Ansonsten können wir der Vorlage nicht zustimmen. Ich möchte aber die Gelegenheit nicht auslassen, einmal etwas Positives zur Armee und zur Planung zu sagen: Der Hauptbrocken sind ja die 150 Millionen Franken für das Rechenzentrum «Fundament». Ich sage Ihnen das im Bewusstsein, dass es nur der Aufwand für den Bau ist, nicht aber der Aufwand für die IT-Hardware und auch nicht der Aufwand für die Software und das Projekt. Wir sind uns also bewusst, dass es nur der Anfang ist. Vermutlich ist es etwa

die Hälfte dessen, was es braucht, bis dieses Rechenzentrum steht. Es scheint uns aber sinnvoll, weil es ein gutes Beispiel für ein Dual-Use-Produkt ist. Es ist nämlich nicht nur für einen aus unserer Sicht sehr unwahrscheinlichen Verteilungsfall gedacht, sondern in die Rechenzentrumstrategie des Bundes integriert. Dadurch ermöglicht es den Betrieb redundanter Zentren, die man sowieso bräuhete. Zudem ist es aufgrund spezifischer geografischer Voraussetzungen ein Bauvorhaben, das sich mit Blick auf die Energieeffizienz durchaus nicht zu verstecken braucht. Entsprechend finden wir, dass es eine sinnvolle Ausgabe ist, die getätigt werden muss.

Allerdings möchten wir doch darauf verweisen, dass die Botschaft nicht nur die kritischen Vorbehalte enthält, die schon erwähnt worden sind. Auf Seite 1888 der Botschaft steht: «Trotz des Verzichts auf angemeldete Immobilienvorhaben verbleibt gemäss aktuellem Investitionsplan in den nächsten fünf Jahren eine Finanzierungslücke von mehreren Hundert Millionen Franken.» Wenn wir unter diesen Vorzeichen die Planung vorantreiben, gehen wir möglicherweise in eine Richtung, wo uns dann das Geld fehlt.

Deshalb bitte ich Sie, dem Einzelantrag Gysi zuzustimmen.

van Singer Christian (G, VD): Comme cela a été dit par mon collègue Glättli, les membres du groupe des Verts se sont abstenus en commission; il n'a par conséquent pas approuvé ce projet. Je vous explique pourquoi.

Le Conseil fédéral dit lui-même qu'il faut trouver un compromis admissible entre les besoins de l'armée et une gestion rigoureuse des finances de la Confédération dans l'intérêt général. Or, que voit-on? On nous demande un crédit total d'un montant excessif de 505,535 millions de francs. On voit que l'entier de ce crédit ne pourra pas être financé ces prochaines années. On voit, et on lit, que «l'appréciation définitive de l'avenir d'un grand nombre d'objets est impossible à établir en raison du remaniement en cours du concept de stationnement.»

A partir de là, le groupe des Verts se pose la question suivante: est-ce qu'on ne gonfle pas artificiellement ce crédit pour pouvoir transférer d'importants montants, des queues de crédits, dans le fonds Gripen? Nous nous demandons: pourquoi continuer à voter des crédits successifs si ensuite ils ne peuvent pas être financés année après année? La conclusion à laquelle nous arrivons, et à laquelle nous vous demandons aussi d'arriver, c'est qu'il faut réduire le crédit. C'est pourquoi le groupe des Verts va soutenir la proposition Gysi qui a pour but de ramener le crédit total à 400 millions de francs. A défaut d'une décision allant dans ce sens, le groupe des Verts ne pourra pas adopter le projet.

L'armée ne doit pas demander des ressources excessives, d'autant moins qu'on ne sait pas encore exactement quelles sont les conditions globales. Il ne nous a pas été dit clairement quels objets immobiliers seront utilisés ni lesquels sont superflus.

Soutenez la proposition Gysi, c'est la proposition du groupe des Verts.

Hiltbold Hugues (RL, GE): Le groupe libéral-radical votera l'arrêté fédéral sur l'immobilier du DDPS pour l'année 2013. Je vous invite donc à entrer en matière et à voter ce projet tel qu'il ressort des travaux de la commission. Il soutiendra les cinq projets qui vous sont proposés ainsi que le crédit-cadre d'un montant total de 505,5 millions de francs. Il approuve la répartition proposée: 55 millions de francs pour l'infrastructure logistique de l'armée, 175 millions de francs pour l'infrastructure d'engagement et le solde en fonction des différents besoins du département.

S'agissant de l'infrastructure logistique, les travaux de remise en état d'un certain nombre de bâtiments et les travaux de constructions neuves sont nécessaires et cohérents par rapport à la planification du développement de l'armée et du parc immobilier existant. Vous me permettrez néanmoins de faire une remarque s'agissant de l'aérodrome de Payerne, dont le coût des travaux est de l'ordre de 26 millions de francs. Il se pose très concrètement la question de savoir s'il

est nécessaire de rénover un bâtiment qui présente un certain nombre de problèmes structurels ou s'il ne conviendrait pas mieux de le démolir et de le reconstruire à neuf. Une visite sur place nous a confirmé la pertinence de cette question que la sous-commission s'est posée. Il est vrai que le volet patrimonial de ce bâtiment a fait en sorte que nous n'avions pas d'autre choix que de rénover ce bâtiment. Cela étant, cette question demeure.

S'agissant de l'infrastructure d'engagement, je soulignerai la nécessité qu'il y a de construire un centre de calcul intégralement protégé dont le montant total s'élève à 150 millions de francs, avec la mise en place d'un réseau de transmissions propre à l'armée, mais pouvant aussi servir aux autorités civiles, d'un montant de 25 millions de francs. En conclusion, nous estimons qu'il est primordial d'avoir des infrastructures informatiques sécurisées. C'est une garantie de la sécurité de la société civile de plus en plus informatisée; c'est aussi une façon de moderniser la défense de notre territoire.

Je vous invite à entrer en matière, à adopter ce projet tel qu'il ressort des travaux de la commission et à rejeter la proposition de la minorité Gysi.

Flach Beat (GL, AG): Bei der Bewirtschaftung und Weiterentwicklung des Immobilienportfolios des VBS steht man vor schwierigen Aufgaben; beides wird in Zukunft nicht einfacher sein. Schliesslich geht es um sehr viele Liegenschaften und Anlagen, die im Besitz des VBS sind. Wir Grünliberalen sind der Meinung, dass man Neubauten nur noch dort errichten sollte, wo tatsächlich ein Bedarf besteht und wo die Modernisierung der Armee sie auch tatsächlich erfordert. Bei den bestehenden Anlagen sind jene, die auch in Zukunft genutzt werden sollen, so zu unterhalten und zu erneuern, dass sie die gesteigerten Anforderungen – jene an die Sicherheit und die Werthaltigkeit und nicht zuletzt jene an den Energieverbrauch – erfüllen können. Schliesslich sind jene Liegenschaften und Anlagen, die der Bund nicht mehr braucht, zumindest so lange und so intensiv zu erhalten, dass sie keinen Schaden nehmen. Für diese zwei letzten Aufgaben ist denn auch mehr als die Hälfte der vorgeschlagenen 505 Millionen Franken vorgesehen.

Wir Grünliberalen sehen, dass die Armee hier grundsätzlich klug vorgeht, und wir können diese Botschaft so unterstützen. Die 505 Millionen Franken sind auf diese Weise gut investiert – besser als in neue Flugzeuge. Insbesondere die erste Phase der Schaffung von Rechenzentren für ein krisenresistentes Informations- und Kommunikationssystem und die Sicherheit des dazugehörigen Netzwerks ist eine kluge Investition. Dabei geht es um viel Geld. Für diese erste Phase sind 150 Millionen Franken eingesetzt; danach kommen jedoch Folgeinvestitionen, verteilt auf die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre, die wir heute auf etwa eine Milliarde Franken schätzen. Es geht hier darum, die Führung des Bundes und die Kommunikation auf den verschiedenen Ebenen auch in kritischen Lagen sicherzustellen – einerseits durch das Rechenzentrum, andererseits durch das besagte Einsatznetz.

Die Kommission konnte sich von der Qualität der Planung überzeugen. Aufmerksamkeit ist jedoch geboten. Insbesondere im Hinblick auf das neue Stationierungskonzept und die Weiterentwicklung der Armee sind vermutlich viele Planungen und Überlegungen anzustellen, und es ist jeweils darauf zu achten, ob Investitionen tatsächlich getätigt werden müssen oder ob etwas vielleicht doch in die dritte Kategorie fällt, nämlich in die Kategorie jener Anlagen, die nur noch unterhalten und später veräussert oder einem anderen Nutzungszweck zugeführt werden.

Weiter ist natürlich Aufmerksamkeit gefordert betreffend Weiterentwicklung und Implementierung des EDV-Systems, des Informationssystems. Hier seien wir immer wieder an die Debakel erinnert, die wir erleben mussten, und hier ist grosse Aufmerksamkeit angezeigt und auch die Aufforderung angebracht, diese Projekte sehr genau zu verfolgen und aus begangenen Fehlern frühzeitig zu lernen.

Trotz Sympathie für den Einzelantrag Gysi sagen wir Grünliberalen hierzu Nein. Es ist davon auszugehen, dass die Liegenschaften, die nicht mehr benötigt werden, zumindest unterhalten werden müssen, und das muss eben auch geplant werden. Für eine solche Kürzung ist daher hier der falsche Ort.

Die Grünliberalen treten auf die Botschaft ein, lehnen den Einzelantrag Gysi ab und bitten Sie, dies auch zu tun.

Haller Vannini Ursula (BD, BE): Die BDP-Fraktion wird den sechs Verpflichtungskrediten mit einer Gesamtsumme von 505,5 Millionen Franken zustimmen. Es ist für unsere Fraktion wichtig, dass das VBS und Armasuisse ihre Immobilien à jour halten, dass aber notwendige Investitionen in Gebäude nur an langfristig gesicherten Standorten getätigt werden, die auch dem in Aussicht gestellten Stationierungskonzept Rechnung tragen und schlussendlich auf die Stossrichtung des sicherheitspolitischen Berichtes und des Armeeberichtes abgestimmt sind. Es ist der BDP-Fraktion auch wichtig, dass diese Investitionen auf die vorgesehene Weiterentwicklung der Armee – dieser Bericht befindet sich ja bekanntlich in der Vernehmlassung – möglichst optimal Rücksicht nehmen. Nicht zuletzt ist uns auch wichtig, dass alle solchen Tätigkeiten auch auf die Bedürfnisse der jeweiligen Standortgemeinden abgestimmt sind. In Klammern heisst das: Entmilitarisierung von Gebieten, die für die Bedürfnisse der Armee nicht mehr oder künftig anders gebraucht werden und deshalb privaten Zwecken oder anderen Bedürfnissen der öffentlichen Hand zugutekommen. Das Vorhaben Areal Schwäbis, Realersatz Bypass Nord, ein für die Region Thun wichtiges Projekt, welches in hohem Masse zur Verkehrsberuhigung dienen wird, ist hierfür ein sehr gutes Beispiel, denn ich behaupte, am Schluss wird es unter den Beteiligten zu einer Win-win-Situation führen.

Die BDP-Fraktion begrüsst ganz speziell, dass bei den vorgesehenen Investitionen auch sämtliche Sprachregionen zum Zuge kommen. Nicht zuletzt die Diskussion um die Beschaffung eines neuen Kampfflotts und die damit möglich werdenden Kompensationsgeschäfte hat gezeigt, wie sensibel dieses Thema auch aus regionalpolitischer Sicht ist. Denn letztlich geht es immer auch um den Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen. Es ist deshalb schön zu wissen, dass dank diesen Investitionen etwa 1300 Personen während zwei Jahren beschäftigt werden können.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zu den für geschützte Informatikinfrastrukturen vorgesehenen Mitteln: Wir teilen die Meinung, dass solche Investitionen für die Sicherheit einer hochvernetzten Zivilgesellschaft, aber auch für unsere Landesverteidigung von grosser Wichtigkeit sind. Wir hoffen deshalb, dass der Bau eines Rechenzentrums für 150 Millionen Franken und vor allem die Investitionen von fast 25 Millionen in die Sicherheit eines armeeeigenen Übertragungsnetzes nicht nur richtig und sinnvoll sind, sondern auch mit der notwendigen Sorgfalt und noch mehr Fachwissen getätigt werden. Auch wenn wir hier über bauliche Vorhaben diskutieren, möchte ich speziell betonen: Weitere Fehlinvestitionen im Bereich Informatik dürfen und können wir uns in Zukunft schlichtweg nicht leisten.

Die BDP-Fraktion stimmt der Immobilienbotschaft VBS 2013 zu und bittet Sie, den Antrag Gysi abzulehnen.

Maurer Ueli, Bundespräsident: Eine der Voraussetzungen bei dieser Immobilienbotschaft ist die, dass das Stationierungskonzept im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Armee noch nicht verabschiedet ist. Das bedeutet Folgendes: Wir können dort investieren, wo wir sicher sind, dass wir Standorte haben, die wir auch mittel- oder längerfristig weiterbetreiben werden. Das sind die grösseren Objekte; ich komme darauf zurück. Daneben ist die Immobilienbotschaft einmal mehr geprägt durch sehr viele Unterhaltsarbeiten an den bestehenden Liegenschaften, die es braucht, damit diese weiterbetrieben werden können.

In den vergangenen Jahren stand bei der Immobilienbotschaft jeweils das Thema Kreditreste im Vordergrund. Wir haben inzwischen die Planungskapazität erhöht und gehen

davon aus, dass wir 2013 keine Kreditreste produzieren. Wir können die vorhandenen Budgets also ausschöpfen.

Damit möchte ich auch gleich auf den Antrag Gysi zu sprechen kommen: Eine Kürzung des Kredits für dieses Immobilienprogramm ist meiner Meinung nach wirklich fehl am Platz. Ich erinnere Sie an die Diskussion, die wir vor zwei Wochen im Zusammenhang mit dem Gripen-Fondsgesetz geführt haben. Dort haben Sie uns im Grunde genommen vorgeworfen, wir wollten Kreditreste produzieren und die Immobilien nicht unterhalten; das Gegenteil ist der Fall. Wir schreiben in der Botschaft, dass die beantragten Vorhaben nicht vollumfänglich finanziert sind; sie haben aber im Rahmen des Ausgabenplafonds der Armee Platz. Wir haben eine langfristige Planung, diese korrigieren wir jetzt leicht zugunsten der Immobilien, weil wir Rüstungsvorhaben etwas zurückgestellt und bei den Immobilien einen sehr hohen Nachholbedarf haben, wie ich Ihnen immer wieder gesagt habe. Wir haben dort die entsprechenden Massnahmen zu treffen, sodass die Immobilien genutzt werden können, der Werterhalt gegeben ist und wir auch in Bezug auf die energetische Nutzung der Gebäude richtig investieren. Es ist eine leichte Verschiebung der Gewichte innerhalb der Armee, die durchaus Sinn macht und die Sie früher gefordert haben. Aber die Kredite zu kürzen, ohne zu sagen wo, würde heissen, dass wir alles ein wenig verzögern müssten, und das liegt nicht im Interesse der Armee und des VBS.

Ich bitte Sie also, diesen Einzelantrag abzulehnen, weil er insgesamt keine Verbesserung bringt. Wir haben jetzt die Möglichkeit, diese Gebäude zu sanieren. Wenn wir auf diese drei, vier Jahre im Planungshorizont hinaus etwas verschieben, eine leichte Gewichtsverschiebung vornehmen, sollten Sie uns diese Flexibilität in einem Finanzplan, der sich entsprechend an einigen Eckwerten orientiert, schon zugestehen.

Zu den Vorhaben im Einzelnen: Sie haben hier einen Kredit, auf den ich etwas näher eingehen möchte. Es sind 150 Millionen Franken für den Neubau eines Rechenzentrums vorgesehen. Mit diesem Rechenzentrum sind Folgeinvestitionen verbunden, die wir Ihnen dann jeweils etappenweise wieder unterbreiten werden. Insgesamt sieht der Bund, nicht nur das VBS, die Schaffung von drei Rechenzentren vor, damit wir eine entsprechende Redundanz haben. Wir denken heute, dass wir in die Rechenzentren im Laufe der nächsten Jahre etwa 600 Millionen Franken investieren werden.

Mit diesen Rechenzentren hängt auch das Führungsnetz zusammen, sodass wir auch die entsprechenden Leitungen haben. Hier geht es nicht darum, etwas völlig Neues zu bauen, sondern darum, vorhandene Infrastrukturen zu modernisieren und entsprechend die Kapazität zu erweitern. Wenn wir von Rechenzentrum sprechen, dann sprechen wir nicht nur von einem sogenannten Einsatzfall, sondern über dieses Rechenzentrum läuft auch die gesamte Buchhaltung des VBS. Wir brauchen dieses Rechenzentrum zum Beispiel auch für die Bearbeitung von 12 000 Löhnen jeden Monat und für das Bezahlen der täglich etwa 2500 Rechnungen. Das ist etwas, was im Alltag gebraucht wird; wir brauchen das, damit der Betrieb aufrechterhalten werden kann.

Das Rechenzentrum, das jetzt zur Diskussion steht, mit diesen 150 Millionen Franken, wird für das VBS gebraucht. In weiteren Etappen wird man hier für die gesamte Bundesverwaltung den Lead übernehmen und Ihnen entsprechende Vorschläge unterbreiten. Wenn man das Ganze zusammennimmt, die Rechenzentren mit etwa 600 Millionen nach heutiger Schätzung und das Führungsnetz auch mit etwa 600 Millionen, dann sprechen wir insgesamt von einem Betrag in der Grössenordnung von 1,2 bis 1,5 Milliarden Franken im Laufe der nächsten zehn, zwölf Jahre. Es ist das Gesamtkonzept. Das ist vergleichbar mit privaten Unternehmen, die ebenfalls in diesem Bereich die Kapazitäten sichern und erweitern. Bei diesem Rechenzentrum geht es auch darum, Daten besonders gut zu schützen, je besser gegen Angriffe zu schützen, aber auch gegen Naturereignisse usw. Der Bund braucht hier unserer Meinung nach einen besonderen Schutz. Mit den Rechenzentren und dem Führungsnetz schaffen wir hier die Voraussetzungen.

Ein weiterer Punkt – auch dieser hat eine gewisse strategische Bedeutung – ist die zweite Etappe des Logistikcenters Monte Ceneri. Damit legen wir von der Armee her ein klares Bekenntnis ab für den Standort Tessin. Wir brauchen auch südlich der Alpen ein Logistikcenter. Wir legen das dort zusammen; wir heben den Standort Bellinzona auf, fassen alles auf dem Monte Ceneri zusammen. Damit ist es eben auch ein Bekenntnis, dass wir langfristig im Tessin präsent sein wollen und die entsprechenden Infrastrukturen bauen. Das ist nicht nur aus Kohäsionsgründen für die Schweiz wichtig, sondern wir wollen auch aus militärstrategischen Gründen ein Logistikcenter im Tessin. Dieses wollen wir entsprechend ausbauen.

Das Bauvorhaben in Thun wird uns sozusagen vorgegeben durch die Planung, auch jene des Kantons Bern. Dieser Anschluss, der Bypass Thun Nord, verbessert die Verkehrssituation für Thun wesentlich und bedingt bei uns entsprechende Umbauten, wobei wir auch davon profitieren können, dass wir dann auf modernere Infrastrukturen zurückgreifen können. Es ist ein Vorhaben, das mit den Behörden vor Ort und mit dem Kanton Bern lange gereift ist. Uns kostet es 29,9 Millionen Franken, 20 Millionen kommen vom Kanton Bern zurück – allerdings in die Bundeskasse.

Zur Luftwaffe: Der Flugplatz Payerne ist unser Hauptstützpunkt für die Luftwaffe. Etwa 50 Prozent aller Jetbewegungen finden von Payerne aus statt. Hier gibt es ein weiteres Bauvorhaben – wir kommen ja immer wieder mit entsprechenden Etappen. Es geht darum, die Heizanlage und die Ausbildungsinfrastrukturen zu verbessern. Bei dieser Gelegenheit erstellen wir in Payerne auch eine Fotovoltaikanlage, so, wie Sie das in Ihren Motionen gefordert haben.

Insgesamt ist das Immobilienbudget leicht höher. Wir möchten damit den grossen Nachholbedarf etwas verkleinern. Die Planungskapazitäten sind vorhanden. Die Feinsteuerung innerhalb des Gesamtplanfonds der Armee ist so erfolgt, dass das möglich ist. Die Bauvorhaben und die Unterhaltsarbeiten beziehen sich auf Standorte, an denen wir mit Sicherheit auch mittel- und längerfristig bleiben werden, bis dann das Standortkonzept vorliegen wird. Dort werden dann vielleicht gewisse neue Leitlinien aufgezeigt.

Ich bitte Sie, auf diese Immobilienbotschaft einzutreten, den Einzelantrag mit Einsparungen abzulehnen und der Vorlage so zuzustimmen.

Müller Walter (RL, SG), für die Kommission: Ich will doch noch kurz für die Kommission Stellung nehmen zum Einzelantrag Gysi, der doch einigermaßen überrascht. Dieser Antrag lag so in der Kommission nicht vor. Nachdem Herr Glättli offengelegt hat, dass sich die Grünen enthalten haben, und wir in der Kommission ein Resultat von 21 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen hatten, wissen Sie auch, dass alle anderen – auch die Fraktionskollegen der Antragstellerin – hierzu in der Kommission zugestimmt haben. Darum wirkt dieser Antrag, denke ich, schon wie aus der Hüfte geschossen; so liesse sich das im militärischen Jargon ausdrücken.

Nun, wenn hier gesagt wird, dass der vorgesehene Betrag eine Steigerung wäre, so ist zu sagen, dass man, wenn man lange den Unterhalt vernachlässigt und Einsparungen macht, irgendwann einmal sanieren muss, ansonsten die Gebäude verlottern. Der Bundespräsident hat eindrücklich ausgeführt und uns erklärt, dass 44 Prozent der Mittel für Neubauten bestimmt sind und 56 Prozent für Instandstellungs- und Unterhaltsarbeiten. Wir müssen also diese Gebäude unterhalten.

In Bezug auf das noch fehlende Stationierungskonzept wurde uns glaubhaft versichert, dass nur dort neu gebaut werde, wo man davon ausgehe, dass die Gebäude in den nächsten 25 Jahren auch genutzt werden sollen. Damit hat man die Entscheidung hinsichtlich der Stationierung bereits vorweggenommen.

Ich kann Ihnen auch noch mitteilen, dass im Mitbericht der Finanzkommission steht: «Die Finanzkommission unterstützt die Vorlage aus finanzpolitischer Sicht. Es wurde kein Antrag gestellt, den vom Bundesrat beantragten Kredit in der Höhe von rund 505 Millionen Franken zu verändern.»

Ich bitte Sie also, dem Antrag der Kommission bzw. dem Beschluss des Ständerates und diesem Kredit zuzustimmen und den Einzelantrag Gysi abzulehnen.

Gysi Barbara (S, SG): Herr Müller, als Pazifistin kann ich nicht aus der Hüfte schießen. Sie haben jetzt zwar am Schluss die Finanzkommission noch erwähnt, dennoch möchte ich Sie fragen: Haben Sie den Mitbericht wirklich gelesen? Die Finanzkommission hat dort die Rahmenkredite und auch ihre Höhe durchaus diskutiert.

Müller Walter (RL, SG): Ich habe diesen Mitbericht gelesen, das ist Pflicht. Aber ich glaube nicht, dass ihn alle anderen auch gelesen haben.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

**Bundesbeschluss über die Immobilien des VBS für das Jahr 2013 (Immobilienbotschaft VBS 2013)
Arrêté fédéral sur l'immobilier du DDPS pour l'année 2013 (Message sur l'immobilier du DDPS 2013)**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Gysi

... Gesamtkredit von 400 Millionen Franken bewilligt.

Art. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Gysi

Un crédit total de 400 millions de francs ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.020/9488)

Für den Antrag der Kommission ... 132 Stimmen

Für den Antrag Gysi ... 49 Stimmen

(1 Enthaltung)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.020/9489)

Für Annahme der Ausgabe ... 146 Stimmen

Dagegen ... 14 Stimmen

(23 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3–5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.020/9490)

Für Annahme des Entwurfes ... 133 Stimmen

Dagegen ... 22 Stimmen

(25 Enthaltungen)

13.040

Rüstungsprogramm 2013

Programme d'armement 2013

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 22.05.13 (BBl 2013 3689)

Message du Conseil fédéral 22.05.13 (FF 2013 3225)

Nationalrat/Conseil national 26.09.13 (Erstrat – Premier Conseil)

Antrag der Mehrheit

Eintreten

Antrag der Minderheit

(Glättli)

Nichteintreten

Proposition de la majorité

Entrer en matière

Proposition de la minorité

(Glättli)

Ne pas entrer en matière

Büchler Jakob (CE, SG), für die Kommission: Das Schweizervolk steht hinter der Armee. Dieser Grundsatz wurde am letzten Wochenende mit aller Deutlichkeit bestätigt.

Das Rüstungsprogramm 2013 erhöht die Einsatzfähigkeit der Schweizer Armee. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat das Rüstungsprogramm 2013 am 26. August in Winterthur beraten. Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten mit dem Rüstungsprogramm 2013, fünf Rüstungsvorhaben im Umfang von 740 Millionen Franken zu genehmigen. Diese verteilen sich auf die Fähigkeitsbereiche Führung mit 28 Prozent, Mobilität mit 22 Prozent, Unterstützung und Durchhaltefähigkeit mit 20 Prozent, Schutz eigener Kräfte mit 30 Prozent.

Mit dem vorliegenden Rüstungsprogramm werden die vom Parlament im Rahmen der Rüstungsprogramme 2010 und 2011 initiierten Beschaffungen fortgesetzt. Es richtet die Telekommunikationsinfrastruktur der Armee auf die aktuellen Anforderungen aus und schliesst Lücken in der Ausrüstung respektive in der Ersatzteilbevorratung. Mit dem Einsatznetz Verteidigung will der Bundesrat die krisenresistente Telekommunikation zugunsten der Armee und des nationalen Krisenmanagements sicherstellen. Die 2011 eingeleitete Beschaffung eines Unterstützungsbrückensystems 45 Meter wird fortgesetzt. Die Beschaffung einer neuen Fahrzeuggeneration wird weiter vorangetrieben. Mit der Verbesserung und Optimierung der Systemverfügbarkeit soll die Ersatzteilbevorratung für Luftfahrt- und Fahrzeugsysteme angepasst werden. Mit zusätzlichen geschützten Mannschaftstransportfahrzeugen soll der Schutz der Truppe verbessert werden.

Die heute eingesetzten Telekommunikations-, Führungsunterstützungs- und Informationssysteme der Armee sind ungenügend geschützt und weisen eine grosse Systemvielfalt auf. Das bestehende Einsatznetz Verteidigung muss erneuert und ergänzt werden, um sämtliche einsatzrelevanten Systeme mit einer geschützten und einheitlichen Telekommunikationsinfrastruktur erschliessen zu können. Der Zugriff Unberechtigter auf das Netz soll verhindert werden, die Daten-